

Für Ihre Reise: Angebote - Informationen Seite 49 - Seite 54

DIE ZEIT

Stellenangebote Neue Positionen - neue Aufgaben Seite 28 - 30 u. 46 - 47

Nr. 51 10. Dezember 1976 WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR 31. Jahrgang, Preis 2,20 DM C 7451 C

Die absurdeste aller Grenzen

Wo deutsch und deutsch zusammenstoßen: Blut und Tränen / Von Marion Gräfin Dönhoff

Eine Grenze hat in ihrer Unerbittlichkeit immer etwas Erschreckendes. Schon allein darum, weil so viel davon abhängt, ob man ein paar Kilometer weiter östlich oder westlich, nördlich oder südlich geboren wurde. Von den zwei Dutzend Kommittees, die ich während meines Studiums an der Frankfurter Universität kannte, sind bis auf vier alle gefallen - die, mit denen ich in Basel im Seminar zusammen saß, sind alle am Leben geblieben. Damals war es der Krieg, der jene Grenze zwischen Frankfurt am Main und Basel zur Schicksalslinie für Millionen werden ließ.

gatyrjow in Moskau, der acht Tage später starb. Oder wie neulich Frantisek Kriegel, ehemals Mitglied des KPC-Präsidiums, und seine Frau, die in ihrer Wohnung in Prag überfallen wurden. Die Überreaktion der Partei ist offenbar darauf zurückzuführen, daß die Stimmung der Bevölkerung in der DDR sich seit Helsinki merklich gewandelt hat. Die Konferenz von Helsinki, die vom Osten so intensiv gewünscht und vom Westen so skeptisch, wenn nicht negativ beurteilt wurde, hat andere Wirkungen gehabt, als beide Seiten annahmen. Sie hat den DDR-Bürgern zum Bewußtsein gebracht, daß auch sie Rechte haben und nicht nur Pflichten. Unter Berufung auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen („Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“) und auf das Gesetz für die DDR-Staatsbürgerschaft (ein Staatsbürger „kann auf seinen Antrag aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen werden“) haben viele Zehntausende von DDR-Bürgern Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft und Umsiedlung in die Bundesrepublik gestellt. Sie tun dies, auch wenn sie dabei harte Strafen in Kauf nehmen müssen. Die DDR-Verfassung und das Staatsbürgergesetz sind neuerdings zu Bestsellern geworden.

Die Grenze, die heute durch Deutschland geht, ist mitten im Frieden in einer noch viel unbegreiflicheren Weise schicksalbestimmend für den Alltag der Deutschen hüben und drüben geworden. Sie zerschneidet nicht nur eine historisch gewachsene Einheit in zwei Teile, sie markiert zugleich die Trennungslinie zwischen zwei verschiedenen Gesellschafts-, Gesinnungs- und Rechtssystemen, wodurch immer neue Verwicklungen heraufbeschworen werden. Kaum eine Woche vergeht, in der sich dort nicht Zwischenfälle ereignen. Schüsse fallen, Verhaftungen finden statt, Menschen mühen sich angsterfüllt, das ausgeklügelte Sperrsystem zu überwinden. Jeder Schritt im Minenfeld, jeder Griff an den selbstschußbestückten Metallzaun kann der letzte sein. Bisher waren es stets Volkspolizisten, die ihre Maschinenpistolen auf jene richteten, die den Versuch machten, die DDR zu verlassen. In der vorigen Woche stand zum erstenmal ein DDR-Bürger, Werner Weinhold, der aus der Volksarmee desertiert war, vor einem Gericht der Bundesrepublik, weil er bei seiner Flucht zwei Volkspolizisten erschossen haben soll. Das Gericht in Essen sprach ihn wegen Mangels an Beweisen frei.

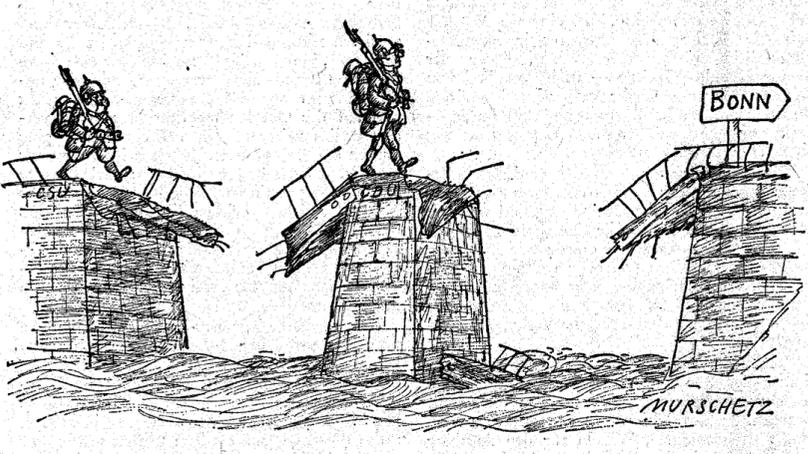
Viele sehr kleine Schritte zu dem Ziel „mehr Bürgerrechte“ sind getan worden. Zwei weithin sichtbare Ereignisse markieren diesen Weg: Helsinki im Sommer 1975 und die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Ostberlin im Juni 1976. Dort in Ostberlin haben damals Enrico Berlinguer und Santiago Carillo, der Chef der spanischen Kommunisten, in ihren Reden - die im „Neuen Deutschland“ abgedruckt wurden - verkündet, es gäbe kein für alle gültiges kommunistisches Führungszentrum mehr und keine Partei, die allein alles bestimmen könne. Ein ganz anderes, sicher noch lange weiterwirkendes Fanal hat Pfarrer Brüsewitz mit seinem Flamentod gesetzt.

Ein Staat hat Angst

So absurd wie die Grenze, so absonderlich ist dieser Staat, der nicht ertragen kann, daß seine Bürger Kritik üben, nicht einmal dann, wenn ihre Loyalität einzig und allein der DDR gilt. Fast empfindet man Mitleid mit einem Regime, das von sich gern als der exemplarischen deutschen Nation spricht, das aber so schwach ist, daß es von den Versen des Liedersängers Wolf Biermann überwältigt zu werden fürchtet. Als jetzt gegen dessen Ausbürgerung zunächst zehn führende Schriftsteller und Künstler protestierten - nach und nach wurden es über hundert -, sind diese von der SED mit allen Mitteln unter massiven Druck gesetzt worden. Sie sollten veranlaßt werden, ihre Solidaritätserklärung zu widerrufen. Zu dem siebzehnjährigen Bildhauer und Nationalpreisträger Fritz Cremer, der im Krankenhaus lag, hat sich sogar der Kulturminister, Hans Joachim Hoffmann, persönlich begeben, um ihm ein Ultimatum zu stellen: Wenn du widerufst, lassen wir deinen Schwiegersohn Peter Schwarzbach wieder frei. Wenn nicht, bleibt er in Haft. Der Kranke widerrief. Anderntags allerdings widerrief er wiederum seinen Widerruf.

Der Ruf nach Bürgerrechten

Die SED-Führung, der all dies größte Sorge bereitet, hält jetzt offenbar die Zeit für gekommen, die Bevölkerung wieder einzuschüchtern. Der Fall Weinhold, der die Möglichkeit bietet, die eigene Schuld auf die Bundesrepublik abzuwälzen, stellt dabei eine willkommene Ablenkung dar. Der erste Aufsehen erregende Fall, der von dem neuen Selbstbewußtsein zeugte, ereignete sich am 10. Juli 1976 in Riesa in Sachsen. Der 46jährige Arzt Dr. Karl-Heinz Nitschke verfaßte zusammen mit seiner Ehefrau und 32 anderen Bürgern eine „Petition zur vollen Erlangung der Menschenrechte“, die sie den DDR-Behörden zuleiteten. Nitschke und seine Frau hatten nach ungezählten, immer wieder abgelehnten Anträgen auf Übersiedlung 1964 den Versuch unternommen, heimlich in die Bundesrepublik zu gelangen. Die Flucht mißlang. Er wurde zu zwei Jahren, seine Frau zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt. Die Zeit nach seiner Rückkehr aus dem Gefängnis beschreibt er in einem Brief vom 13. August 1976: „Unser gesamtes Leben war und ist von täglichen Schikanen, Erniedrigungen und Behinderungen überschattet. So wurde ich auch nach meiner Entlassung aus der ersten Einkerkerung von meiner Familie getrennt. Meine Facharzt-Anerkennung als Internist wurde von fünf auf elf Jahre verzögert...“



Getrennt marschieren

Der Bruch ist da

Strauß oder Kohl - wer bleibt auf der Walstatt?

Von Kurt Becker

Die Spaltung der Unionsparteien im Bundestag ist seit dem ergebnislosen dritten Gespräch zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß eine Tatsache. Für die Bundesrepublik ist dies ein zeitgeschichtliches Ereignis ersten Ranges. Aber schon bei der Etablierung der zwei getrennten Fraktionen zeigt sich, daß das Zerwürfnis zwischen den Führern der beiden Parteien seinem Höhepunkt erst entgegenreift. Kohl muß nun, da er Strauß nicht abzugeben der Beschlüsse von Kreutz nicht abzugeben vermochte, seine Drohung wahr machen: Die CDU muß nach Bayern vorstoßen, wenn sie ihren Anspruch auf die bundesweite einheitliche Darstellung ihrer Politik durchsetzen will. Der CDU-Chef kann sich dabei nicht einmal mehr einen flüchtigen Schwächeanfall leisten. Er ist aus guten Gründen mit aller Härte gegen seinen bayerischen Widersacher aufzutreten und hat gerade dadurch in seiner Partei den stärksten Rückhalt. Müßte er zum Jagen getragen werden, was ja im stillen viele seiner Parteifreunde fürchten, so brächte er sich um alle Autorität - und damit um Kopf und Kragen. In der Tat muß die Ausdehnung der CDU auf Bayern der CSU einen Schrecken einjagen; immerhin wird dort in zwei Jahren der neue Landtag gewählt. Will Strauß Gefahren abwenden, bleibt ihm nur die Hoffnung, Unsicherheit oder Sorglosigkeit in die CDU hineintragen und sie von einem rivalisierenden Auftreten auf bayerischem Boden abhalten zu können. Seine Beteuerung, er plane keine vierte Partei außerhalb Bayerns, gehört ebenso zu dieser Operation wie die Beteuerung, keine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Unionsparteien entstehen zu lassen und statt dessen gemeinschaftlich der sozial-liberalen Koalition die Regierungsmacht zu entwickeln. Mißlingt seine Abwehr, gerät Strauß in arge Bedrängnis. Beide Parteivorsitzenden kämpfen also auch um ihre persönliche Zukunft.

worfene Strategie, die Freien Demokraten als Blockpartei anzuschwärzen und auszutrocknen. Kohl hingegen hat die koalitionspolitischen Bemühungen der Ministerpräsidenten Röder und Albrecht nicht nur akzeptiert, er hat sie gefördert. Für ihn, der sich als Mann der Mitte beschreibt, ist diese Öffnung ein erster Schritt zur Umwälzung verhärteter Koalitionsstrukturen. Solche Aussicht auf Wandel war Kohl sogar - ganz im Gegensatz zu Strauß - einen Verzicht auf die Blockade der Koalitionsgesetze durch die Unionsmehrheit im Bundesrat wert. Hans-Dietrich Genscher denkt da nicht viel anders; er hatte eine innenpolitische Auflockerung durch die FDP ja schon nach Albrechts Amtsantritt angekündigt. Das der FDP aufgebrannte Strigma, bloß noch hörige Blockpartei zu sein, hält er für schädlicher als die gelegentlich zu hörenden Zwischenrufe, die Liberalen neigen wieder zum Umfall. Kohl und Genscher verfolgen mit ihrer Annäherung natürlich parteipolitische Ziele unterhalb der Schwelle der Bundespolitik. Aber die Wirkung ist gleichwohl entspannend. Die Parole „Bund und Land - Hand in Hand“ war ursprünglich eine Erfindung der Christlichen Demokraten; sie wurde in der Adenauer-Zeit auf ärgerliche Weise praktiziert. Doch die sozial-liberale Koalition ahmt dieses Gleichschaltungsdenken bedenkenlos nach. Dabei war es eine der großen Errungenschaften der in diesen Tagen vor zehn Jahren gegründeten Großen Koalition in Bonn, daß seither grundsätzlich jede Partei für jede koalitionsfähig sei. Jetzt erst kehren wir zu solcher Einsicht zurück. Dies schafft nun nicht nur stabile Regierungen in Hannover und Saarbrücken. Es befreit den Bundesrat auch aus der Gefahr seiner fortwährenden Denaturierung. Die Bewegung in der Parteienlandschaft hat deutsche Traumata neu geweckt. Das Wort von der „Rückkehr zu Weimar“ ist rasch zur Hand. Aber das politische Umfeld von damals ist dem von heute auch nicht annähernd vergleichbar. Manches hat sich nur wieder normalisiert. Und selbst die Spaltung der Union programmiert ja noch nicht eine fundamentale Neuordnung des politischen Feldes rechts von der Mitte. Unwägbarkeiten liegen freilich in der Person von Franz Josef Strauß: in seinem machtpolitischen Temperament und in seinem Glauben, Retter des Abendlandes zu sein. Schon darum darf ihm die CDU in Bayern das Feld nicht allein überlassen.

Deutsche Gespinste

Da schreibt ein Spiegel-Redakteur im sozialdemokratischen Vorwärts einen Artikel über die Deutschlandpolitik. Tenor: Was wir brauchen, ist „eine linke, nationale SPD-Politik gegenüber Ostberlin“; die dürfe nicht darauf hinauslaufen, „die DDR tendenziell von (oder auch vor) ihren Bürgern zu entblößen“; es komme darauf an, die DDR durch Stabilisierung bewohnbar zu machen; dazu gehöre, „der DDR notfalls auch ohne politische Gegenleistung Verbesserungen ihrer ökonomischen Infrastruktur zu finanzieren“. Schwabbelige Einsichten. Doch flugs zitiert der Spiegel den eigenen Mann und fügt auch gleich noch ein angebliches Schmidt-Zitat an: „So stelle ich mir die künftige Deutschlandpolitik vor.“ Herbert Wehners Segen wird gleichfalls aus einer Gehilfen-Formulierung abgeleitet. Und Günter Gaus, Bonns ständiger Vertreter drüben, werden ähnliche Ideen, wie der Vorwärts sie vertritt, in die Schuhe geschoben. Die FDP hat kein Hehl daraus gemacht: Wenn Helmut Schmidt in der Tat derselben Ansicht sein sollte, sein Koalitions-Vize würde nicht mitmachen. Aber er ist dieser Ansicht gar nicht. Leute, die es genau wissen, schwören, daß Schmidt den ihm zugeschriebenen Ausspruch nie getan hat: „Gesponnen.“ Gewiß muß jeder Bundeskanzler erwägen, ob Deutschland nicht für beide Volkshälften bewohnbarer gemacht werden kann; gewiß muß jeder darauf an sein, zur Entkrampfung zwischen Bundesrepublik und DDR beizutragen; gewiß darf keiner etwas versäumen, was den Begriff vom „gemeinsamen Dach der Nation“ mit konkretem Inhalt füllt. Aber kein Bundeskanzler wird - vom Finanzrahmen des Möglichen ganz abgesehen - sich mit bloßer Vorleistung zufriedengeben können. Eine großzügige qualitative Verbesserung des deutsch-deutschen Verhältnisses müßte in jedem Falle die östliche Gegenleistung für großzügige westdeutsche Finanzhilfe sein. Gegenwärtig hat es nicht den Anschein, als wäre Honecker dazu bereit. Th. S.

Ziel verfehlt

Die Bürger der Bundesrepublik müssen künftig für ihr Parlament mehr bezahlen. Dies allein ist kein Grund zur Kritik, denn ein qualifizierter Bundestag ist ein sehr hoher Preis wert. Aber wenn das Parlament die Lobbyisten in seinen Reihen ungeschoren läßt, so ist das ärgerlich, und die windigen Entschuldigungen reizen erst recht zum Zorn. Trotzdem, dies ist kein Schaden, der sich nicht bessern ließe. Auch über die Höhe des Abgeordnetengehalts läßt sich reden, schließlich frisst von den 7500 Mark die Steuer einen beträchtlichen Teil. Sogar über die ziemlich großzügig bemessenen Pauschalen kann man streiten, obwohl sie am Beginn einer auf grimmige Sparsamkeit programmierten Legislaturperiode schlecht in die Landschaft passen. Dauerhafte Schäden aber haben die Parlamentarier in dem Bemühen angerichtet, die Privilegien der ehemaligen Beamten unter den Parlamentariern abzubauen. Jetzt sind alle Abgeordneten in vieler Hinsicht den Beamten zum Verwechseln ähnlich; abgesichert gegen fast alle Lebensrisiken. Ein hohes Eingangsgehalt, geringe Aufstiegschancen und die Steuergesetze sorgen außerdem dafür, daß sich die Auswahlkriterien für das Parlament verschlechtern: Es wird weniger reizvoll für Leute, die in ihrem Beruf Erfolg haben, attraktiver jedoch für abgebrochene Beamte und für früh vollendete Spezialisten der Macht. R. Z.

Glückliche Schweizer

Vielleicht liegt es am Zauber der Jahreszeit. Pünktlich zum Advent geschah ein Wunder, bei dem allerdings nicht unschuldige Kinderaugen aufleuchteten, sondern hartgesottene Bankiers und Finanzminister ihren Glauben an den Weihnachtsmann wiederfanden. Ein Stern zog am Konjunktur-Firmament auf, der seit Kriegsende nicht mehr gesehen worden ist. Er heißt „Null-Inflationsrate“ und strahlt im eng abgezielten Kegel über der Schweiz. Noch zu Beginn dieses Jahrzehnts lagen die Eidgenossen mit zwölf Prozent an der Spitze des Inflationszuges. Ihre Rückkehr in das goldene Zeitalter stabiler oder sogar sinkender Preise wird nun manchen Wirtschaftsweisen aus dem Abendland in die helvetische Zitadelle der Solidarität pilgern lassen. Dort wird er eines zweiten Wunders gewahr werden: In freier Volksabstimmung haben die Alpenbündler am Wochenende die (verkürzte) 40-Stunden-Woche abgelehnt. Es gilt also Disziplin auch in der Demokratie noch etwas. „Lauter die frohe Botschaft also: Harte Arbeit gleich harte Währung? Es ist nicht die ganze Geschichte, leider. Denn bei dem Gewaltmarsch in die Stabilität haben die Schweizer zwölf Prozent ihrer Arbeitsplätze verloren und ein Zehntel ihrer Gastarbeiter über die Bergkämme an die heimatischen Krippen zurückgeschickt. Auch zur Weihnachtszeit kann man die harte Nuß der Geldentwertung nicht knacken, ohne den Kern der Vollbeschäftigung zu treffen. j

DIESE WOCHE

Table with 2 columns: Category and Page number. Includes Politik (1-11), Politische Woche (8), Länderspiegel (12-13), Politisches Buch (14), Leserbrief (15), Impressum (15, 58), Sport (16), Wirtschaft (17-27, 31-32), Berufe (28-30), Feuilleton (33-39), Literatur (40-45), Theaterspielpläne (43), Kritik und Information (48), Reise (49-54), Auto (54), Themen der Zeit (56), Wissenschaft (62), Modernes Leben (57-61, 63-64).

9 Wohin steuert Italien? Rainer Frenkel und Theo Sommer unterhielten sich mit dem Fiat-Chef Giovanni Agnelli über sein Geschäft mit Ghaddafi, die Eurokommunisten und Italiens Zukunft

17 Fette Bonner Diät Das neue Mandats-Gehalt: Die Verbeamtung des Bundestags ist nun perfekt / Von Dieter Piel

33 Feier ohne Fest In Dessau erinnerte sich die DDR eines Stückes deutscher Architekturgeschichte: Das Bauhaus ist wiederhergestellt. Manfred Sack berichtet

magazin

Bonn hält den Atem an Franz Josef Strauß rüttelt am Parteiensystem des Bundes. Carl Schober erzählt die Geschichte des Bundestages